

Berliner Tageblatt... erscheint täglich... Preis...



Abonnements-Preis... für das Berliner Tageblatt... Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Berlin im Weltmarkt.

Nummer 649. Berlin, Sonntag, den 22. Dezember 1901. XXX. Jahrgang.

Hierzu die Illustrierte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ Nr. 102.

Politische Wochenschau. Von Arthur Levysohn.

Das internationale Ansehen, welches die Rede des in die aktive Politik zurücktretenden Lord Salisbury in Genua hervorgerufen hat, beweist, wenn nichts Anderes, so doch, daß das Ansehen Englands im Rathe der Völker, trotz der Einbuße an Weisheit, die es durch den unglücklichen Burenkrieg erlitten, noch immer ein sehr bedeutendes ist.

Ob ihm dies gelingen kann, bleibt abzuwarten. Lord Salisbury nimmt die Führung derjenigen Engländer in Anspruch, die sich nach dem Frieden sehnen, ohne daß er durch einen Friedensschluß am Ende ihrer nationalen Aufgabe etwa zu vergeblich genügt wäre.

Wäre Lord Salisbury zur Leitung der Geschäfte berufen, so hätte vielleicht fast Erster der Drah, welcher London mit Berlin verbindet, nicht zu leiden. Aber man darf sich nicht darüber täuschen, daß der fünftägige Führer der neuen Whigpartei, nach seiner Vergangenheit zu urtheilen, weit weniger geneigt sein dürfte, als die freundschaftlichen Beziehungen zum deutschen Reich zu legen als sein amtierender Vorgänger.

Auf der anderen Seite bleibt Frankreich bemüht, seit den Tagen des italienischen Flietensbesuches in Lonten eine Annäherung an Italien zu Wege zu bringen. Diese Versuche finden in Rom in gewissen Kreisen einen wohlwollenden Boden.

Als der italienische Flietensbesuch in Lonten eine Annäherung an Italien zu Wege zu bringen. Diese Versuche finden in Rom in gewissen Kreisen einen wohlwollenden Boden.

ließung wie ein Faual ersehntend gewirkt. Der italienische Minister glaubt zu, daß es gelungen sei, mit Frankreich zu einem Uebereinkommen in Bezug auf das Hinterland von Tripolis zu kommen, das heißt, aus dem Diplomatischen ins Gemeinverständliche überleit; Frankreich suchte sich die Freundschaft Italiens durch eine Annäherung auf das zur Zeit noch im Besitz des Entlang befindliche Tripolitani zu erlangen.

Anders die Franzosen. Ihnen war ein solcher Verständigungs- und Uebereinkommensvertrag mit Italien nur in dem Sinne willkommen, daß er eine Abkehr Italiens vom Dreibunde eingeleitet hätte. Die Pariser Presse gab diesem Empfinden auch ungehört Ausdruck, als sie an die ausführliche Wiedergabe der Brinnettischen Rede allerhand Kommentare knüpfte, die in der Behauptung gipfelten, Italien werde nunmehr den Dreibundvertrag nicht erneuern.

Innerhalb wurde es nicht wohlgefallen, wollte man sich in Deutschland durch diese halbamtlichen, aber unverdäulichen Erklärungen in eine trügerische Ruhe einlassen lassen. Gewiß, die antulichen Kreise in Rom denken trotz der Beschuldigung über die Mittelnwege ebenso wenig wie Oesterreich-Ungarn, ungeachtet seiner Entente mit Russland über den Balkan, an eine absichtliche Sprengung des Dreibundes.

Es wäre nicht unmöglich, daß angelehrt der russischen Beziehungen zu den Italienern die Abnahme der mitunteren Beziehungen zu den Italienern zu Stande käme, oder hätte eine praktische Tragweite erlangt. Dies erscheint um so plausibler, als glaubhaft verlannt, daß der Versuch des ehemaligen japanischen Ministerpräsidenten Marquis Ito in Petersburg und Berlin zu irgend welchen politischen Verabredungen keinen Anlaß gegeben hat.

Es stellt augenblicklich ein bewaffnetes Einschreiten der deutschen Regierung in die Angelegenheiten der Balkanstaaten die Diskussion da, die die Neutralität behauptet, trotz ihrer Schwierigkeit mit Kolumbien, den von Deutschland formulierten Entschädigungsforderungen für die erfolgten Benachteiligungen deutscher Staatsbürger gerecht zu werden.

Das heißt augenblicklich ein bewaffnetes Einschreiten der deutschen Regierung in die Angelegenheiten der Balkanstaaten die Diskussion da, die die Neutralität behauptet, trotz ihrer Schwierigkeit mit Kolumbien, den von Deutschland formulierten Entschädigungsforderungen für die erfolgten Benachteiligungen deutscher Staatsbürger gerecht zu werden.

Als die dauernd festsetzen zu wollen. Ein Einbruch des Washingtoner Kabinetts gegen eine deutsche Aktion in den karibischen Gewässern ist daher keinesfalls zu befürchten. Und die Verleumdung der deutschen Politik, die uns eine geplante Verletzung der Monroe-Doktrin unterworfen, sind mithin nicht auf ihre Rechnung gekommen.

Herr Major a. D. Endell hat, wie eine uns durch ein Privat-Telegramm aus Moskau übermittelte Meldung des „Pol. Ztbl.“ besagt, seine neuerliche Wahl in die Kaiserliche Landwirtschaftskammer abgelehnt und seine sämtlichen Aemter sowohl in der Landwirtschaftskammer wie im Bund der Landwirtschaftsniedererlegt. Ferner ist er auch aus dem Reichstag ausgeschieden, und dem Reichstag in ausgedehnter Weise die Beurlaubung dieser Schritte des Herrn Endell wird das Ergebnis der gerichtlichen Verhandlung in seiner Beurlaubungsfrage gegen die „Zgl. Wsch.“ richtunggebend sein.

Der Abgeordnete Gothein hatte in seiner Reichstagsrede ausgeführt, daß in vielen Kreisen der Industrie die Meinung verbreitet sei, die Regierung habe mit anderen Staaten Fühlung genommen, daß auch mit dem Ministerium für die Angelegenheiten des Kaiserlichen Reiches die Fühlung nicht abgebrochen sei, daß aber hinsichtlich der preussischen Staatsministerien diese Frage gar nicht einmal zur Erörterung gekommen sei.

Es ist in Laufe der Diskussion behauptet worden, im Staatsministerium habe man überhaupt über das System des Doppelzweites gar nicht gesprochen; diese Behauptung ist unrichtig. Zu erklären, daß man im Staatsministerium die Sicherheit habe, mit dem Ministerium gewisse Handelsverträge abzuschließen zu können, zu erklären, daß darüber im Staatsministerium verhandelt worden sei, hat sich der Herr Staatssekretär dem auch wohl gefügt.

Berliner Universitäts- und Gelehrtenangelegenheiten machen, so scheint es, der in Schickens Hauptzeit erscheinenden agrarrevolutionären Zeitung seit einiger Zeit besondere Bekandtheit. So tritt sie jetzt mit allerhand aus der Luft gegriffenen Nachrichten über die zukünftige Gestaltung unserer großen Staatsbibliothek hervor.

Die genannte Zeitung behauptet ganz falsch, daß die große staatliche Bücherkammer nach Charenton-le-Roi verlegt, daß die Berliner Universitätsbibliothek aufgehoben werden soll, und was dergleichen Märchengeschichten noch mehr sind. Hätte sich die „Schl. Ztg.“ nur ein wenig um den preussischen Staatshaushalt zu bekümmern die Mühe genommen, dann hätte sie wissen müssen, daß unter Kapitel 14 Titel 215 im Extraordinarium des Etats für die gestifteten, Medialen- und Schulangelegenheiten 50.000 Mark ausgeworfen sind, zur Vorbereitung der auf dem sogenannten Akademiegebäude in Berlin zu errichtenden Bibliothek.